

Damals im MEI - eine Tragikomödie

Vorspiel in der Hölle

Die Ortschaft Schengen ist ein kleines Winzerdorf an der Mosel. Vielleicht sind die Menschen dort manchmal ein bisschen beschwipst, etwa beim Winzerfest, aber nicht bei der Arbeit. Sie wissen natürlich, dass man damit nichts Rechtes zustande bringt. Die Besoffenheit hat sich später eingestellt. "Schengen" steht für die Abschaffung von Grenzkontrollen, überhaupt für das Niederreißen aller Grenzen.

Im Innern eines Staates ist das sinnvoll und auch nötig. Aber in diesem Falle ging die Beschwipstheit so weit, dass man vergass, das Ganze mit einem kräftigen Zaune zu umgeben. Die Europäische Union hat sich gleich selbst aufgelöst, sich das Fell abgezogen, und liegt nun mit offenem Fleische da.

Wobei man auch vermuten kann, es handle sich nicht um einen aus dem Winzerdorf übernommenen hübschen Brauch und schon gar nicht um Vergessen, sondern um Absicht. Europa sollte aufgeknackt werden. Man hatte im Sinne, es mit Fremden zu überschweben. Wer ist "man"? Zum Beispiel die UNO. Sie verfasste ein Papier, in dem sie unseren Ländern, wegen Überalterung, neues Blut zuführen wollte. Und Blut fliesst gelegentlich schon.^[3]

Wahrscheinlich haben auch wieder einmal die Amis (genauer: Washington und seine Spiessgesellen) ihre Finger im Spiele. Sie versuchen gerade, uns gegen Russland aufzuhetzen, oder, genauer, versuchen es nicht nur, sondern sind kräftig am Werke. Die vielen Fremden kommen schliesslich auch aus den Ländern, die der sich für elitär haltende Westen in den vergangenen Jahren zerschlagen hat.

Eine blosse Verschwörungstheorie? Mag sein. Allerdings haben Verschwörungstheorien gegenüber jenen vom fügsamen Mainstream verbreiteten den Vorzug, viel besser zu den Tatsachen zu passen.

Die Vorlage

In der Schweiz läuteten, wie schon mehrmals in den vergangenen fast 30 Jahren, wieder einmal die Alarmglocken. Wenn man will, kann man sie auch in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder ängstlich bimmeln hören. Es bestand die Gefahr, dass unser Land vor die Hunde ging, dass rücksichtslose Gier es verschleudern wollte. Das ist ziemlich dramatisch, aber nicht völlig falsch formuliert. Die EU ist kein demokratisches Staatswesen. Wer darauf hinweisen will, sie habe schliesslich ein Parlament, dem sei gesagt, dass das nur den Anschein eines solchen hat. "Die Europäische Kommission ... (hat) das alleinige Initiativrecht im EU-Gesetzgebungsverfahren." (Wikipedia) Das heisst: Das Parlament darf dann noch zustimmen. Die Kommission wird nicht gewählt, sondern ernannt, sagen wir einmal so: Von den dominierenden Staaten, also etwa Deutschland.

Die Schweiz nun hat sich einen Rest von Volksrechten bewahrt, auch wenn das vielen hoch Angesiedelten überhaupt nicht passt. So hört man immer wieder, wie sich ehemalige und noch amtierende Politikerinnen und Politiker über die Unreife der Frau und des Mannes von der Strasse beklagen und energische Schritte vorschlagen, der entgegen zu wirken. Über ihre eigene Reife besteht ihrer Meinung nach natürlich nicht der geringste Zweifel.

In diesem Falle, im Falle der Zu- oder Abneigung gegen die hautlose EU, muss man feststellen, es, das Volk, sei gespalten, was ich für kein Wunder halte angesichts der Drohungen, die man immer wieder vorbringt, der Katastrophen, die über uns hereinbrechen würden, wenn wir uns, in bäurischem Starrsinn, in uns selbst verkröchen und die Segnungen der Globalisierung ausschlagen.

Im Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist ihr Wille, unser Land in die Europäische Union einzugliedern (um nicht zu sagen "zu versenken"), fest eingegraben - war es bis vor kurzem jedenfalls. Ob man es gestrichen oder nun mit unsichtbarer Tinte geschrieben hat, weil der Zeitgeist dem nicht freundlich ist, weiss ich nicht. Man müsste sie fragen.^[4]

Wenn Grenzen fallen, ist mit Masseneinwanderung zu rechnen. Im Falle der Schweiz eigentlich erstaunlich. Man hatte ihr (aus vollem Munde) vorausgesagt, dass sie in Armut fallen und, bis zum Skelett abgemagert, verschwinden werde, wenn sie sich nicht endlich der Völkergemeinschaft öffne. Weshalb wollen dann noch viele zu uns kommen, wenn wir angeblich schon dabei sind, den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen? Man kann nur vermuten, etwa dies, dass all jene, die uns immer alles Mögliche androhen, es nur deshalb tun, um ihre eigenen und für uns nicht geniessbaren Süppchen kochen zu können.

Mir ist ein Beispiel, allerdings kein besonders bezeichnendes, aber doch irgendwie eindrückliches, im Gedächtnis geblieben. Vor der Abstimmung von 1992 beklagte sich im Radio ein als Wirtschaftskapitän Vorgestellter darüber, dass er in einem Pariser Flughafen "in der Warteschlange mit Negern" warten müsse, während die wahren Europäer schlank und flink abgefertigt würden. Das heisst: Nur damit dieser Herr nicht "in der Warteschlange mit Negern" warten muss, muss die Schweiz der Europäischen Union angehören.^[5] So viel bornierte Selbstgefälligkeit hat mir damals die Galle ins Blut getrieben.

Es galt demnach, dem "Ausverkauf der Heimat" entgegen zu wirken. Diese Formulierung ist nicht übertrieben. Wenn die Schweiz diesem gehäuteten Saurier beitrifft, muss sie das Restchen direkte Demokratie auch noch aufgeben. Es gibt Leute, die damit keine Schwierigkeiten haben, und es gibt sogar solche, die meinen, sie, die Schweiz, könne diese ihre langsam brüchig werdende Staatsform im Handgepäck nach Brüssel mit nehmen. Sie könnte es versuchen. Man wird es ihr schon bei der Einreise aus dem Koffer nehmen.

Die EU müsste "sozialer werden", verlangt die SP Schweiz. ^[4] Sozialer ist noch nicht sozial. Übrigens sonderbar, dass eine sozialdemokratische Partei einer nicht genügend sozialen Gruppe beitreten möchte, Man kommt aus dem Staunen nicht heraus.

Bedenklicher ist allerdings der Umstand, dass die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative in die Hände einer Frau gelegt wurde - gelegt werden musste -, an deren Willen, sich gegen die EU-Kommission durchzusetzen, (vielleicht ungerechtfertigte) Zweifel bestehen, schon deshalb, weil sie stramm zu ihrer Partei steht und auch eine, zum Beispiel mir, sonderbare Auffassung bezüglich dem Willen des Volkes hat, wobei dieser "Wille des Volkes" ziemlich undurchsichtig ist, wie es im Weiteren aufscheinen wird.

Eidgenössische Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" ^{[1][2]}

Ein "überparteiliches Komitee gegen Masseneinwanderung" hat aus einem Postfach in Bern eine Initiative angestossen. Die Herren Christoph Blocher und Toni Brunner, beide an der Spitze der SVP stehend, waren unter den Initianten. Man kann daher davon ausgehen, dass die Schweizerische Volkspartei eine gewisse Sympathie für das Anliegen hegte, um das einmal vorsichtig zu formulieren, vorsichtig deshalb, weil sie damit die Sozialdemokraten herausfordern musste, die bekanntlich erklärten, sie wollten sich ihre Europapolitik nicht von der SVP diktieren lassen. ^[4]

Diese Vorliebe für das Trotzen findet man natürlich überall wieder, nicht nur in unserer Politik, auch schon in der Familie. Man ist nur deshalb dafür, weil jemand, den man (aus irgendwelchen Gründen auch immer) nicht mag, dagegen ist. Reaktion statt Aktion. Statt etwas zu tun, tut man etwas dagegen. Wahrscheinlich zeigt sich hier jene Reife, die gewisse Politikerinnen und Politiker für sich in Anspruch nehmen. Es kann auch Überreife sein; ich will das jetzt nicht näher untersuchen.

Die Initiative verlangt:

1. Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
2. Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.
3. Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten.
4. Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.

Auf den ersten Blick befremdet einen der Punkt 1: Die Schweiz wolle etwas eigenständig machen. Besteht die Gefahr, dass sie diese Fähigkeit verlieren könnte? Oder tut sie das nicht schon eine ganze Weile?

Die Abstimmung am 9.2.2014

Die Vorlage wurde angenommen. ^[8]

"Während die mehrheitlich deutschsprachigen Kantone ausser Basel-Stadt, Zürich und Zug die Initiative annahmen, lehnten die Westschweizer Kantone sie ab. Die höchste Zustimmung erhielt die Initiative im Tessin. Die Stimmbeteiligung war mit 56,6 Prozent überdurchschnittlich hoch." (Wikipedia)

Die Initiative wurde vom Volke also "mit einem überwältigenden Mehr" (euphorische Variante) angenommen, oder, realistischer, es kam per Zufall zu einem hauchdünnen Siege der Ja-Stimmen. (Womöglich sind wir noch einmal froh, einem Unfall haarscharf entkommen zu sein.)

Die zügige Inkraftsetzung

Die zuständige Bundesrätin, Frau Sommaruga, versprach - oder sagte - kurz nach dem 09.02.2014, diese Initiative werde "zügig" umgesetzt. Schon knapp 3 Jahre später wird das nun an die Hand genommen. Für bernische Verhältnisse ist das schon ein atemberaubendes Tempo, wenn man berücksichtigt, dass dieser Kanton bereits seit gut 200 Jahren nicht mehr von den "Gnädigen Herren" regiert wird, aber ihre Krone immer noch überall herumhängen lässt. Zumindest hat man darauf verzichtet, Wachen dazu zu stellen, die kontrollieren, ob wir das zackige Gebilde auch ordnungsgemäss grüssen. Das wäre nicht mehr zeitgemäss und für einige Beteiligte sogar lebensgefährlich.

ECOPOP

Während dieser "zügigen" Umsetzung kamen im Lande Bedenken darüber auf, ob am Ende auch wirklich das herauskomme, was das Volk wolle. Ja, was will es denn? Die hauchdünne Mehrheit bedeutet, dass etwa ein Viertel der Stimmberechtigten etwas will, was der andere knappe Viertel ablehnt, während es dem Reste, der etwa verbleibenden Hälfte, egal ist. Die denkt sich vielleicht: "Die in Bern machen doch, was sie wollen." Ob das so stimmt, will ich jetzt nicht weiter untersuchen.

Am 30.11.2014 stimmte dieses entschlossene Volk über eine Initiative "Stopp der Überbevölkerung (ECOPOP)" ab. ^[9] Die Hälfte der Stimmberechtigten begaben sich zur Urne. Drei Viertel schickten die Vorlage bachab.

"Ziel der Initiative ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Dazu sollen das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz infolge Zuwanderung auf 0,2 Prozent pro Jahr beschränkt und die Familienplanung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden." ^[10]

Lassen wir diese Familienplanung einmal beiseite. Sie war es wohl nicht, was das Stimmvolk dazu bewog, ein vernichtendes Urteil über das Begehren zu fällen. Die 0.2% stachen ihm anscheinend in der Nase.

Ich hatte damals im Sinne, zwei Gewichte der Schweizerischen Volkspartei, Christoph Blocher aus Herrliberg, ein schweres, und Natalie Rickli aus Winterthur, in einer etwas leichteren Klasse spielend, zu erreichen und zu versuchen, sie von ihrer Meinung, es dürften dann nur noch etwa 16'000 Leute jährlich in die Schweiz kommen, abzubringen. Ich wollte auf den Begriff "netto" erläuternd eintreten, obwohl dieses Wort in der Initiative nicht auftaucht - meiner Ansicht nach eine ziemlich schwerwiegende Unterlassung. Wenn man sich die Formulierung allerdings genau betrachtet, muss man zum Schlusse kommen, den Initianten sei so etwas vorgeschwebt; denn unter einer

"ständigen Wohnbevölkerung" muss man sich eine vorstellen, die übrig bleibt, wenn ein paar auswandern und ein paar hereinkommen. Wenn nun jährlich etwa 80'000 bis 100'000 die Schweiz – vielleicht nicht für immer, aber nicht nur wegen eines Einkaufs im nahen Deutschland - verlassen, dann dürften nicht nur 16'000, sondern 96'000 bis 116'000 hereinkommen. Ich hatte aber keine Zeit, den beiden aus der SVP zu schreiben. (Eine hübsche Ausrede, nicht wahr?)

Man machte mich, mit offensichtlichem Unmut, darauf aufmerksam, dass jene Schweizerinnen und Schweizer, die wegzögen, auch wieder heimkommen könnten, was dann zu einem Schlamassel führte.

Der Schlamassel ist nur eine Fiktion. Wenn jene Schweizerinnen und Schweizer, die auszogen, das Fürchten zu lernen, wieder heimkehren, dann kann man sie nicht für eine Weile ins Kühlfach oder in Einmachgläser stecken, sondern muss ihnen wieder Wohnung und Arbeit geben.

Und jetzt?

Die EU-Kommission, die sich gewöhnlich nur in ihrem Palast um die Belange der Schweiz kümmert, schickte ihren Präsidenten. Wahrscheinlich sollte er im Vorfeld der Debatte in den eidgenössischen Räten ein bisschen Wind machen. Im Moment weht der rau durch Europa. Die Briten haben beschlossen, das sinkende Schiff zu verlassen. Das sei pure Verleumdung, wird mir etwa gesagt, und ich muss das dann begründen, etwa damit, dass Europa für einen Krieg gegen Russland bereit gemacht werden soll. Die Russen haben allerdings nicht die geringste Lust, mit uns einen anzufangen. Letzthin haben sie das in einer Weise gezeigt, die den zänkischen Westen blamierte, ohne dass er dieses in seiner Sturheit bemerkte. Er, dieser nach Streite lüsterne Westen, arrangierte riesige Manöver vor den Grenzen des Landes, das mit uns gutnachbarliche Beziehungen pflegen möchte und auch eine Menge Erdgas liefert. Der russische Präsident reagierte cool. Er liess seine Streitmach weit oben in der Arktis aufmarschieren. "Ich könnte auch, wenn ich wollte..."

Zurück in die Schweiz. Es müsste sonst jemandem einfallen, mich einen "Putin-Versteher" zu schimpfen - doch, doch, es ist eine Beschimpfung, und sie ist auch als solche gedacht.

Und jetzt?

Am 21. September 2016 parlerte der Nationalrat über den Vorschlag seiner Kommission zur Umsetzung der MEI. Wo stehen wir nun? Diese Frage ist nicht einmal leicht zu beantworten. Aus dem Geschrei wird man nicht klug.

Auf der offiziellen Seite des Parlaments habe ich (noch) nichts gefunden. Die "Handelszeitung" berichtet: "Die Masseneinwanderungsinitiative soll im Einklang mit dem Freizügigkeitsabkommen umgesetzt werden. Das hat der Nationalrat am Mittwoch beschlossen. Er ist den Anträgen seiner Kommission gefolgt und hat sich für den «Inländervorrang light» ausgesprochen."^{[6][7]}

Man macht es uns nicht leicht. Was steckt in diesem "Freizügigkeitsabkommen"? Darüber haben wir auch schon mal abgestimmt. Erinnert ihr euch noch? "PFZ" hiess es damals.^[12] Darin wird festgehalten, Angehörige der EU haben „das Recht, Arbeitsplatz sowie Aufenthaltsort innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen“.

Kurz: Wir können abstimmen, was wir wollen, und unsere Parlamente und die Regierung können umsetzen, was sie wollen: Wer herein kommen will, hat das Recht, es zu tun. Das ist beschlossene Sache.

Hübsch, dass man endlich weiss, was Sache ist, nicht wahr?

Schluss

Die Initiative verlangte unter Punkt 1, dass die Schweiz "die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig steuere". Nun, das scheint sie zu tun. In den Räten sitzen nur Schweizer Bürger.

Es wurde geflissentlich vermieden, konkrete Zahlen zu definieren, wahrscheinlich deshalb, weil man sie besser als "jährliche Höchstzahlen im Interesse der Schweiz" überprüfen könnte. Darunter versteht aber jeder etwas anderes und vor allem ihm Passendes.

Aber der Bundesrat darf eingreifen, falls es Schwierigkeiten geben sollte - allerdings nur mit Zustimmung der EU!

Diese "selbständige Steuerung" heisst demnach: Wir dürfen, wenn wir dürfen. Oder auch: Wer nichts Konkretes verlangt oder verlangen will, muss sich nicht wundern, wenn er dann auch nichts Konkretes bekommt.

Weshalb stimmen wir immer und immer wieder aufs Neue über das Gleiche ab? So aus blosser Lust am Abstimmen?

^[13] Oder steckt etwas anderes dahinter? Vielleicht der Versuch, uns so lange zu verwirren, bis wir nicht mehr bemerken, was eigentlich mit uns geschieht?

Quellen

[1] <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis413t.html>

[2] Volksinitiative vom 14.02.2012 «Gegen Masseneinwanderung»

[3] UNO-Papier zur Replacement Migration: <http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm>

[4] "Die SP will sich ihre Europapolitik nicht von der SVP diktieren lassen. Das machten die Genossen am Samstag an der Delegiertenversammlung in Malleray BE deutlich. Wohin der europapolitische Weg der SP führt, bleibt aber unklar. Nach dem Schock des Ja zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar will sich die Partei mit allen Mitteln gegen eine Abschottung wehren, und sie will weiter für eine soziale und offene Schweiz kämpfen.

Das haben die Delegierten in einer einstimmig verabschiedeten Resolution bekräftigt.

Uneins sind sich die Genossen, wie diese Ziele am besten erreicht werden können. In der Debatte mit mehreren Dutzend Wortmeldungen wurde wiederholt das Thema EU-Beitritt aufgebracht. Schliesslich gaben die Delegierten bei der Parteispitze eine «Strategie zur Durchsetzung einer neuen SP-Europapolitik» in Auftrag. Auf Empfehlung der Geschäftsleitung erneuerte sie zudem die grundsätzliche Forderung der SP nach EU-Beitrittsverhandlungen.

Allerdings müsse die Europäische Union sozialer werden."

<http://www.handelszeitung.ch/politik/sp-diskutiert-schweizer-eu-beitritt-589839>

Mein Verdacht:

Vielleicht will die SP nicht einmal unbedingt der EU beitreten, weil es ihr in der sozial anscheinend bereits weiter entwickelten Schweiz durchaus besser gefällt. Ich weiss es nicht; man müsste sie fragen, und man müsste sie dann auch fragen, ob sie sich (und uns) nur deshalb in dies neue Europa einbringen wolle, weil die SVP dagegen sei.

Und umgekehrt, wird jemand einwenden wollen. OK. Allerdings habe ich kein Bedürfnis nach einer "Äh-drum-Trallalla"-Politik.

[5] "Neger" darf man in der Schweiz in der Öffentlichkeit wahrscheinlich nicht mehr in den Mund nehmen ohne zu riskieren, wegen Rassendiskriminierung bestraft zu werden. Aber man darf Kriegsmaterial liefern, mit denen auch ein dunkel pigmentierter Mensch umgebracht werden kann. Überspitzt kann man es so formulieren: "Beleidigen ist strengstens verboten, Beihilfe zum Morde aber nicht."

[6] <http://www.handelszeitung.ch/politik/mei-nationalrat-setzt-auf-inlaendervorrang-light-1208875>

[7] Die SPK spricht sich mit 16:9 Stimmen für einen Inländervorrang aus.

Sie schlägt drei Massnahmen vor:

1. ausländische Arbeitnehmer, die bereits hier sind, besser in den Arbeitsmarkt integrieren,
2. eine Stellenmeldepflicht, wenn die Zuwanderung einen Schwellenwert erreicht, bevor Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutiert werden,
3. ein mögliches Eingreifen des Bundesrates mit Zustimmung der EU (bilateraler Ausschuss).

Die Vorschläge der Kommission fliessen in die nun anstehende Debatte des Nationalrates.

Bis spätestens 9. Februar muss eine Lösung gefunden sein.

<http://www.srf.ch/news/schweiz/mei-umsetzung-das-protokoll-der-medienkonferenz-zum-nachlesen>

[8] Stimmberechtigte

Total Stimmberechtigte: 5'211'426

davon Auslandschweizer: 137'480

Stimmbeteiligung

Eingelangte Stimmzettel: 2'948'156

Stimmbeteiligung: 56.57%

Ausser Betracht fallende Stimmzettel

Leere Stimmzettel: 31'094

Ungültige Stimmzettel: 8'656

In Betracht fallende Stimmzettel

Gültige Stimmzettel: 2'908'406

Ja-Stimmen 1'463'854 50.3%

Nein-Stimmen 1'444'552 49.7%

Annehmende Stände: 12 5/2

Verwerfende Stände: 8 1/2

[9]

Datum: 30.11.2014

Vorlage: Initiative

Typ: «Stopp der Überbevölkerung (ECOPOP)»

Ja in %: 25.9

Beteiligung in %: 50.0

(Quelle unter [10])

[10] <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/2014/042.html>

[11] 2 Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen.

<https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis406t.html>

[12] PFZ

Durch das 1999 unterzeichnete und 2002 in Kraft getretene bilaterale Freizügigkeitsabkommen (FZA) zwischen der Schweiz und der EU erhalten Staatsangehörige der Schweiz und der EU-Mitgliedstaaten das Recht, Arbeitsplatz sowie Aufenthaltsort innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen. Das FZA führt die Grundregeln der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ein.

<https://www.eda.admin.ch/missions/mission-eu-brussels/de/home/dossiers/personenfreizuegigkeit.html>

[13] Das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) wurde im Juni 1999 unterzeichnet und im Mai 2000 vom Stimmvolk im Rahmen der Abstimmung zu den Bilateralen I genehmigt. In der Folge wurde es schrittweise auf die neuen EU-Mitglieder ausgeweitet, wobei jede Ausdehnung zur Abstimmung gebracht und vom Volk gut geheissen wurde.

<http://www.personenfreizuegigkeit.admin.ch/fza/de/home.html>